



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 8

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 175. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 30. November 2023

Die Klimakrise heizt den Arbeitsmarkt an: Maßnahmen für eine klimafreundliche Arbeitsmarktpolitik

Der Sommer 2023 war weltweit gesehen der heißeste in der Messgeschichte. Die Auswirkungen der Klimakrise zeigten sich auch in Österreich in vollem Ausmaß. Hitzewellen wechseln sich in immer kürzer werdenden Abständen mit Starkniederschlägen, orkanartigen Stürmen und Flutkatastrophen ab. Das führt einerseits zu massiven Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, andererseits muss die Politik Maßnahmen zur Dekarbonisierung der Wirtschaft ergreifen. Das führt zu Unsicherheiten und Jobverlusten für die Beschäftigten. Gleichzeitig werden für die Energie- und Mobilitätswende eine große Zahl an unterschiedlich qualifizierten Arbeitskräften benötigt, weshalb Unternehmen und die Arbeitsmarktpolitik Verantwortung übernehmen müssen.

Damit arbeitsmarktpolitische Maßnahmen positive Auswirkungen auf den Klimaschutz haben, fordert die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer folgende nachstehende Positionen in allen Gremien ein, in denen sie vertreten ist, insbesondere im Verwaltungsrat des AMS. Zudem fordert die 175. Hauptversammlung die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, zu folgenden Schritten auf:

- Qualifizierungen für den sozialen und ökologischen Umbau: Die aktive Arbeitsmarktpolitik muss auf entsprechende Qualifizierungen fokussieren. Die Angebote müssen für AMS-Zielgruppen geeignet, qualitativ hochwertig und attraktiv sein und deren Potenziale berücksichtigen.
- Es braucht sowohl Teil- und Ergänzungsqualifikationen als auch langfristige Ausbildungen am zweiten Bildungsweg.
- Duale Ausbildung muss besonders im Hinblick auf grüne, zukunftsfähige Jobs gefördert werden.
- Für länger dauernde Ausbildungen im Auftrag des AMS muss es eine verbesserte Existenzsicherung geben. Vorbild kann der Ausbildungszuschuss von EUR 400 pro Monat sein, der in Wien für pflege- und umweltorientierte Ausbildungen, die länger als ein Jahr dauern, gebührt.
- Eine Just Transition muss auch bedeuten, die Klimakrise in Zusammenhang zu gesellschaftlichen Diskriminierungen zu sehen. Daher müssen bspw geschlechtsspezifische Maßnahmen gefasst werden, die den Einstieg von Frauen in oft Männer-dominierten Bereichen fördern und umgekehrt.
- Für jene Berufe der vom BMAW und AMS erstellten Berufsliste „Klimarelevante Berufe“ soll Qualifizierung vor Vermittlung gelten, um den Umstieg in Beschäftigungen, die dringend für die Energie- und Mobilitätswende und den Ausbau der Daseinsvorsorge benötigt werden, anzukurbeln.
- Betriebe bei Aus- und Weiterbildungen in die Pflicht nehmen: Unternehmen müssen mit der Unterstützung von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten dazu veranlasst werden, damit sie die (Re-)Qualifizierung ihrer Beschäftigten forcieren.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

- Beschäftigte in Branchen, die vom Umbau betroffen sind, müssen proaktiv vom AMS Berufs- und Qualifizierungsberatungen angeboten bekommen.
- Betriebe müssen Just Transition Pläne in Zusammenarbeit mit Betriebsrät:innen, Personalvertreter:innen und Gewerkschaften erarbeiten, in denen ein Pfad für die Beschäftigungsveränderungen sowie die notwendigen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen festgehalten sind.
- AMS-Landesorganisationen sollen für ihre arbeitsmarktpolitischen Landesziele ein Transformationsziel formulieren, das an ihre regionalen Gegebenheiten angepasst ist. Dafür müssen Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen quantifiziert werden, um eine transparente Berichterstattung und bessere Planung zu ermöglichen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich